Der Magistrat

Stadtverwaltung Offenbach · Amt 33 · 63061 Offenbach am Main

Amt für Umwelt und Klima

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Wiebke Fiebig
Amtsleiterin

Kaiserpalais, Haus 1 (Eingang A), Raum E.011
Kaiserstraße 39
Telefon +49 (0) 69 8065 2557
umweltamt@offenbach.de
Wiebke.fiebig@offenbach.de

Datum, unser Zeichen
23.09.2025, II/33/

Betreff: RZ-Konsultation

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend unsere Rückmeldungen zu ihren Leitfragen:

1. Welche Merkmale und Rahmenbedingungen kennzeichnen aus Ihrer Sicht einen „zukunftsfähigen und leistungsstarken“ Rechenzentrumsstandort Deutschland im Jahr 2030?

   Die Rechenzentren sollten lediglich an Standorten errichtet werden bei denen Synergieeffekte mit der umliegenden städtischen Infrastruktur bestehen. (Einspeisung in Wärmenetze, tolerierbare städtebauliche Eingliederung, etc.). Zudem muss geprüft werden, ob die Nachfrage für die Fernwärme ausreicht, um das Angebot an Abwärme auch zu nutzen. Dies sollte mit der kommunalen Wärmeplanung gekoppelt werden. Des Weiteren ist die energetische Optimierung der Rechenzentren von zentraler Bedeutung. Dies betrifft auch die Notstromversorgung, inkl. Testvorgänge, welche bis dato zumeist noch mit Diesel erfolgen. Auch ist auf Bundesebene der Bedarf an Rechenleistung als „Klimaschutzinstrument“ besser zu erfassen. Die Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein des Klimaschutzes. Rechenleistung sollte aber nicht im Überfluss angeboten werden, sondern bewusst verwendet und zur Verfügung gestellt werden.

   Wichtig ist auch, dass die Art der Kühlung in den Fokus genommen wird. Für die Abwärmenutzung sind höhere Ausgangstemperaturen von 60 Grad von Vorteil. Hier wären rechtliche Vorgaben auf Bundes- oder EU-Ebene sehr wichtig.

2. Welche zentralen Herausforderungen und Chancen sehen Sie für den Rechenzentrumsstandort Deutschland in den kommenden Jahren?

   Herausforderung: Insbesondere ist hier die Nutzung von Gewerbeflächen zu nennen, welche mit geringer Gewerbesteuerzahlung und geringer Erschaffung neuer Arbeitsplätze einhergeht. Dies stellt die Kommunen nicht nur unmittelbar vor finanzielle Herausforderungen, sondern erschwert es ihnen mittel- bis langfristig auch die kommunalen Klimaziele zu erreichen.

   Chancen: Im Idealfall tragen RZ zur Wärmewende bei und die Kommunen profitieren durch sie auch finanziell.

   Risiken: Rechenzentren verdrängen wirtschaftlich stabile Unternehmen und eine Ballung von Rechenzentren kann dazu führen, dass das Angebot von Abwärme die Nachfrage vor Ort übersteigt.

   Rechenzentren können durch ihre Finanzkraft den Gewerbeflächenmarkt beeinflussen und ggfs. den Fortbestand von Gewerbebetrieben gefährden.

3. Welche Rahmenbedingungen sollten aus Ihrer Sicht wie verändert werden, um Rechenzentrumsinvestitionen zu fördern und Innovation zu ermöglichen?

   Die Stadt Offenbach am Main liegt in der Nähe des DE-CIX, weshalb die Anfrage der Rechenzentrumsbetreiber an geeigneten Grundstücken hoch ist. Es wurden im Stadtgebiet bereits Rechenzentren errichtet. Wichtiger ist für uns die Frage, wie die Entwicklung gelenkt werden kann, um als finanzschwache Kommune mit geringen Gewerbesteuereinnahmen und relativ hoher Arbeitslosigkeit von den Rechenzentren zu profitieren. Aktuell ist durch die Ansiedlung nur eine geringe Steigerung der Gewerbesteuer zu erwarten und es werden nur wenige Arbeitsplätze generiert. Im Gegenzug muss die Kommune mehr Geld in Klimaschutz investieren, um den selbstgesteckten Klimazielen trotz des enormen Mehrenergiebedarfs gerecht zu werden. Des Weiteren muss die Kommune mit zusätzlichen Investitionen für die Erschließung der energetischen Infrastruktur rechnen. Stichwort: Stromtrassen

   Die Rechenzentrumsbranche, als investitionsstarker Sektor, muss finanziell und planerisch stärker in die Pflicht genommen werden können, damit die Kommunen die negativen Aspekte der Ansiedlung ausgleichen können.

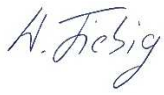
4. Welche Rolle sollte der Staat bei der Entwicklung einer souveränen und resilienten Recheninfrastruktur einnehmen?

   Durch die aktuelle Rechtslage profitieren die Kommunen von der Ansiedlung der Standorte nicht. Die Stromversorgung muss von dem Netzbetreiber sichergestellt werden und damit werden viele Ressourcen (Personal sowie Investitionsmittel) gebündelt, die Arbeitsplatzdichte des RZ ist gering, die Gewerbesteuern werden an einem anderen Standort gezahlt und die Kommune muss die entstehenden Emissionen vor Ort mit Klimaschutzmaßnahmen kompensieren (Vgl. BISKO zur Ermittlung der CO_2-Bilanz) Hier muss der Staat interagieren. Bspw. wäre eine

Regelung für eine Sonderabgabe für energieintensive Unternehmen an die Kommunen denkbar oder eine Förderung des Bundes für Rechenzentrumskommunen, um die Klimaziele einhalten zu können.

5. Gibt es konkrete Maßnahmen oder Best Practices aus Ihrer Praxis/Erfahrung, die in die Strategie aufgenommen werden sollten?
   a) Einspeisung der Abwärme in Wärmenetze,
   b) Erstellung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes zur Lenkung der Ansiedlung von RZ für bestimmte Kommunen, die für RZ-Betreiber lukrativ sind.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.



Wiebke Fiebig

Haus- und Paketanschrift:
Kaiserstraße 39
Haus 1 (Eingang A)
63065 Offenbach am Main

www.offenbach.de

Sprechzeiten:
Nach Vereinbarung

Anreise mit dem ÖPNV:
S-Bahn: Station Marktplatz (S1, S2, S8, S9)
Bus: Haltestelle Kaiserstraße (103, 120)

Bankverbindung:
Städtische Sparkasse Offenbach
Bankleitzahl: 505 500 20 · Kontonummer: 10758

IBAN: DE79 5055 0020 0000 0107 58
SWIFT/BIC: HELADEF1OFF